

Münster: Bürger gegen zweifelhafte Umbenennung des Hindenburgplatzes

Die meisten Städte und Gemeinden entscheiden sich für die Beibehaltung des Namens. Die „Kommission Straßennamen“ in Münster hat im Juni 2011 jedoch die Empfehlung für eine Umbenennung des Hindenburgplatzes ausgesprochen. Mit dieser Empfehlung beschäftigt sich die folgende Kritik:

Januar 2012: In Münster findet zur Zeit eine sehr spezielle Debatte statt: Der zentrale Hindenburgplatz soll umbenannt werden, weil eine Münsteraner Kommission, die von zwei Historikern beraten wurde, eine solche Umbenennung empfiehlt. Hindenburg wird darin eine zu große Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen.

Es gibt jedoch viele gegenteilige Stimmen - wie die des berühmten, 2006 verstorbenen Hitler-Biographen Joachim C. Fest. Die meisten Veröffentlichungen, welche sich mit Hindenburg beschäftigen, sagen ganz klar, daß Hindenburg die demokratische Weimarer Republik gestützt habe. Er wurde gar als "Hüter der Verfassung" bezeichnet und hoch geschätzt. 1925 und 1932 wählten ihn auch die Sozialdemokraten zum Reichspräsidenten. 1932 trauten sie Hindenburg am ehesten zu, die immer mehr erstarkenden radikalen Kräfte der Republik unter Kontrolle zu halten. Nach den letzten freien Reichstagswahlen im November 1932 war die NSDAP erneut - trotz Stimmenverlusten - mit großem Abstand die stärkste Fraktion im Reichstag geworden. Die Mehrheit lag bei den klar antiparlamentarischen Parteien KPD, NSDAP und DNVP. Der renommierte *"Illustrierte Ploetz"* stellt die politische Situation Ende Januar 1933, zum Ende der kurzen Regierungsphase Kurt von Schleichers, kurz und knapp so dar: *28. Januar 1933: Schleicher tritt als Reichskanzler zurück, nachdem Hindenburg seine Diktatur abgelehnt hat. Danach bleibt nur die Möglichkeit einer Regierungsbildung durch Hitler.* Zu berücksichtigen ist immer auch, daß Hindenburg die schwierige politische Situation jener Tage als ein Mensch im Alter von 85 (!) Jahren bewältigen mußte - mithin ein Jahr vor seinem Tode.

In einem umfangreichen Radiobeitrag für "Antenne Münster" (Bürgerfunk Ost-West-Radio) vom 7.8.2011 machte der ehemalige Verwaltungsleiter der Universität Münster Herbert Kober die ganze Absurdität der Umbenennungsbestrebungen deutlich

Schwere Manipulationsvorwürfe gegen Oberbürgermeister Markus Lewe - Bürgerumfrage zu Hindenburg nicht neutral

Mit einer Bürgerumfrage will der Vorsitzende der "Kommission Straßennamen", Oberbürgermeister Markus Lewe "repräsentativ" ermitteln lassen, wie sich die Auffassung der Bürger zu Hindenburg darstellt. Wie mehrere Zeitungen am 27.12.2011 berichten, will er dafür offenbar zu manipulativen Mitteln greifen. Nachdem der Inhalt des Fragebogens bekannt geworden ist, zeigt sich nämlich, daß nicht schlicht danach gefragt wird, ob der Hindenburgplatz umbenannt werden soll oder nicht. Stattdessen wird eine Suggestivfrage gestellt: "Nach neueren quellengestützten Forschungsergebnissen ist der damalige Reichspräsident Paul von Hindenburg als Stütze des NS-Regimes anzusehen. Besteht heute noch ein Anlaß, Hindenburg durch die Namensgebung für den größten Platz Münsters zu ehren?" Kritiker sehen in dieser Fragestellung ganz klar den Versuch einer gezielten

Beeinflussung des Ergebnisses, um eine Mehrheit für die Umbenennung zu erlangen. Damit hätte das Ergebnis der Bürgerumfrage aber keinerlei Aussagekraft.

Manipulationsvorwürfe an die Adresse Lewes auch in Bezug auf die geplanten Informationsveranstaltungen zu Straßennamen in Münster. Auch hier sollen nur jene Wissenschaftler vertreten sein, die sich für eine Umbenennung der fraglichen Straßen einsetzen. Die zahlreichen Experten, welche den verschiedenen Umbenennungen kritisch gegenüberstehen, werden vermutlich gar nicht auf dem Podium zu finden sein. Es steht zu befürchten, daß die geplante Ausstellung "Ehre, wem Ehre gebührt" ähnlich einseitig ausfallen und damit ebenfalls keine objektive Aussagekraft besitzen wird.

Angesichts der enormen Kosten der Münsteraner "Informations"-Kampagne zu strittigen Straßennamen erscheinen diese Manipulationsvorwürfe besonders gravierend.

Mitglieder der CDU-Ratsfraktion in Münster machten inzwischen klar, daß sie an die weitere Arbeit der "Kommission Straßennamen" hohe Anforderungen stellen. Ratsherr Walter von Göwels äußerte sich am 12.12.2011 in der Bürgerhalle des Rathauses wie folgt: "Für die weitere Diskussion wünsche ich mir eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung. Erst eine gründliche und die gesamte Biographie einer Person umfassende Aufarbeitung, insbesondere bei Paul von Hindenburg, macht ein abschließendes Urteil möglich ..." Von Göwels und sein Kollege Meik Bolte erwarten von den Verantwortlichen, daß die zukünftige Ausstellung "Ehre, wem Ehre gebührt" in ihrer Konzeption ein ausgewogenes Urteil erlauben wird.

Wissenschaftliches Arbeiten sieht anders aus: Historiker aus Münster berufen sich in ihrem Urteil auf eine einzige Hindenburg-Biographie

Die jetzt auch im Internet veröffentlichten "Stammbblätter zu Straßennamen" welche als Grundlage für die Statements der Münsteraner Historiker Prof. Hans-Ulrich Thamer und Prof. Alfons Kenkmann dienten, greifen bei ihrer "Historischen Einschätzung" nur auf eine einzige Quelle zurück. Dabei handelt es sich um die 2007 veröffentlichte Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta. Zahlreiche weitere Autoren, die Hindenburg oftmals sehr viel positiver bewerten, werden überhaupt nicht berücksichtigt. Diese Vorgehensweise ist ein Skandal und wohl nur durch eine Vorgabe zu erklären, daß am Ende unbedingt eine Empfehlung "pro Umbenennung" stehen sollte.

Vortrag von Hans-Ulrich Thamer vom 12. Juli 2011 im LWL-Landeshaus Münster: "Vom Umgang mit Straßennamen. Der Fall Hindenburg" - Längst widerlegte Kollektivschuld-Fantasien und Verschwörungstheorien

Wenig überzeugend wirkt der o. g. Vortrag Hans-Ulrich Thamers, der zunächst alte, längst überwunden geglaubte Kollektivschuld-Fantasien wieder aufleben läßt. Da heißt es z. B.: *zur Etablierung einer modernen Diktatur gehörte eine massenhafte Mitwirkung und Unterstützung (...)*, ohne daß ein viel wichtigerer Faktor für deren Etablierung, nämlich ein perfider und perfekter Unterdrückungs- und Repressionsapparat erwähnt wird, der den Menschen zumeist gar keine andere Wahl ließ, als zum "Mitläufer" zu werden. Schließlich lautete die brutale Doktrin der Nazis: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns." Für Thamer ist hingegen nahezu die gesamte damalige Bevölkerung schuldig an den schrecklichen Geschehnissen: *Können wir angesichts eines mittlerweile sehr viel sensibleren Umgangs mit der Diktaturgeschichte und vor allem im Lichte unseres heutigen historischen Wissens um die massenhafte Selbstmobilisierung und Verstrickung auch von Menschen, die nominell*

(zunächst) keine Mitglieder der NSDAP waren und keine zentralen Herrschaftsfunktionen ausübten, noch jene verharmlosende Grenzziehung der Nachkriegszeit aufrecht erhalten, die zwischen den hundertprozentigen Nazis und NS-Tätern einerseits und einer scheinbar unbelasteten national-konservativen Tradition andererseits unterschied? Selbst diejenigen welche nicht Mitglied der NSDAP geworden waren und damit erhebliche Nachteile und Risiken in Kauf nahmen, werden hier - wenig verklausuliert - auf eine Stufe gestellt mit den Nazi-Verantwortlichen und NS-Tätern. Schuldig waren quasi alle, Differenzierung und *Grenzziehung* schadet - laut Thamer - nur. War nicht der Begriff „Tätervolk“ vor wenigen Jahren erst zum „Unwort des Jahres“ gekürt worden? An Hans-Ulrich Thamer jedenfalls scheint diese Nachricht spurlos vorbeigegangen zu sein.

Nebulös und äußerst fragwürdig bleibt auch die Neubewertung Hindenburgs durch Thamer. Geradezu abenteuerlich ist seine Behauptung, *daß die Eingriffe Hindenburgs als Reichspräsident in das politische Geschehen, das zur Diktatur führte, sehr bewußte Akte eines zielgerichteten politischen Handelns* gewesen seien. Weiter heißt es bei Thamer: *Hindenburg war nicht das alterssenile Opfer fremder Einflüsterer, sondern er hatte ein politisches Ziel, das er schließlich im Bündnis mit Hitler zu verwirklichen hoffte.* Thamer vergißt hier völlig, daß Hindenburg sich immer wieder für die Erhaltung der Weimarer Verfassung eingesetzt hat (s. o.) und deshalb auch von den Sozialdemokraten zweimal (zuletzt noch 1932!) zum Reichspräsidenten gewählt wurde. 1932 kandidierte Hindenburg übrigens gegen Hitler für die Reichspräsidentschaft! Die äußerst abfälligen Aussagen Hindenburgs über Hitler, den er gerne als den "böhmischen Gefreiten" bezeichnete, welchen er allenfalls "zum Postminister" machen wolle, lassen die Thamersche Verschwörungstheorie von der strategischen Partnerschaft mit Hitler zur Zerstörung der Demokratie nur noch lächerlich erscheinen.

Unrühmliche Bekanntheit erlangte Thamer bereits im Jahr 2000, als er die wegen katastrophaler Fehler und irreführender Darstellungen im Jahr zuvor komplett zurückgezogene "Wehrmachtsausstellung" zusammen mit einigen anderen Wissenschaftlern rechtfertigte. So hieß es - trotz Kritik an einigen Details der Ausstellung - in der "Bewertung der Kernaussagen der Ausstellung": *Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die Kernaussagen der Ausstellung, an denen sich die emotionale und politische Kritik und Polemik entzündet hat, in ihrer Substanz dem internationalen Forschungsstand entsprechen.* Durch diese Rechtfertigung ermöglichten Thamer und seine Kollegen dem Initiator Jan Philipp Reemtsma eine (wenn auch modifizierte) Neuauflage der fragwürdigen Ausstellung. Diese fand jedoch nur sehr geringes Publikumsinteresse. Der wohl größte Ausstellungs-Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte war den Menschen noch in frischer Erinnerung und die Glaubwürdigkeit der Ausstellungsmacher war nachhaltig beschädigt.

Bevölkerung und Stadtverwaltungen fast überall klar gegen Umbenennung

Die somit sehr zweifelhafte Empfehlung der Münsteraner Kommission findet wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Bei verschiedenen Umfragen in Münster sprach sich jeweils die überwältigende Mehrheit der Bürger gegen eine Umbenennung des Hindenburgplatzes aus. Selbst bei "Facebook" gibt es inzwischen eine stark frequentierte Initiative unter dem Titel "Pro Hindenburgplatz Münster - Contra Bilderstürmerei".

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Artikel unter dem Titel "Nicht alle Städte streiten über Hindenburg" aus der Online-Ausgabe der *Westfälischen Nachrichten* vom 2.7.2011. Die Zeitung hatte recherchiert, wie andere Städte und Gemeinden in der jüngeren Vergangenheit mit dem Straßennamen Hindenburg umgegangen sind. Auch hier zeigte sich, daß die Argumente gegen Hindenburg wenig plausibel sind.

In Mainz, Andernach, Schleswig, Bonn, Ulm, Kiel, Hamburg, auf Sylt und in Buchholz wurden die Umbenennungen klar abgelehnt - bzw. waren gar nicht erst ein Thema. Nur in Solingen wurde - nach heftigen Auseinandersetzungen - der Hindenburg-Platz in "Marktplatz" umbenannt. Ebenso heftige und langwierige Auseinandersetzungen gab es in Trier, wo das Hindenburg-Gymnasium am Ende in "Humboldt-Gymnasium" umbenannt wurde.

Fazit: Die von der Münsteraner Kommission vorgebrachte Umbenennungsempfehlung ist unter Historikern umstritten und findet wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Die meisten anderen Städte und Gemeinden stehen der Umbenennung von Hindenburg-Plätzen oder -Straßen ablehnend gegenüber.

Es bleibt zu hoffen, daß die von der Stadt Münster angekündigte "Informationskampagne" zu Hindenburg und anderen Namensgebern von Straßen nicht nur die zweifelhafte Sichtweise der Kommission präsentiert, sondern in gleichem Maße auch jene der zahlreichen Wissenschaftler, welche solche Umbenennungen für nicht gerechtfertigt halten.

Ob eine solche Informationskampagne überhaupt irgendeinen Sinn macht - angesichts der fast einhelligen Ablehnung einer Umbenennung des Hindenburgplatzes durch die Bevölkerung - ist allerdings die eigentliche Frage. Eine solche Kampagne ist teuer - genau wie die erfolgte Einbindung von Wissenschaftlern. Die Bürger müssen also für Aktionen bezahlen, die sie selbst klar ablehnen - innerhalb einer Demokratie ein unhaltbarer Zustand.

*Detlef Suhr, Agnes-Miegel-Str. 42, 26188 Edewecht
Stand: Januar 2012*